

6. Standesinitiative zur zeitlich befristeten Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten

Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 18. April 2023 zur parlamentarischen Initiative André Müller

KR-Nr. 174/2020

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Es liegt ein Minderheitsantrag von Stefan Feldmann und Mitunterzeichnenden auf Ablehnung respektive Nichteintreten vor.

Marcel Suter (SVP, Thalwil) Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben beantragt Ihnen mit einer Mehrheit von 9 zu 6 Stimmen, der geänderten parlamentarischen Initiative zur Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten an Sonntagen zuzustimmen. Mit der von André Müller ursprünglich eingereichten parlamentarischen Initiative wurde verlangt, dass der Kanton Zürich mittels einer Standesinitiative die Bundesversammlung auffordert, die Ladenöffnungszeiten weiter zu flexibilisieren, indem die Anzahl der Sonntagsverkäufe und deren erlaubte Frequenz von heute vier Sonntagen pro Jahr erhöht werden auf maximal zwölf. Dies hätte zeitlich befristet werden können, alles noch unter dem Eindruck der Corona-Pandemie. Die Mehrheit war der Meinung, nicht zuletzt könnten mit den verlangten Bundesrechtsänderungen auch die infolge der Corona-Pandemie verzeichneten Umsatzeinbussen nachträglich teilweise kompensiert werden. Von diesen waren insbesondere der Detailhandel, das Gewerbe und kleinere Dienstleistungsbetriebe betroffen. Die Mehrheit der Kommission hat während den Beratungen in der Kommission die zeitliche Befristung gestrichen. Sie erkennt im Sonntagsverkauf auch unabhängig von der Pandemie ein Bedürfnis. Die Kommissionsmehrheit sieht in den verlangten Änderungen des Bundesrechts ein Mittel, um die Wirtschaftsleistung zu erhöhen, das Einkaufen als Erlebniskonsum zu stärken und dem starken Anstieg des Onlinehandels entgegenzutreten. Für die Mehrheit der WAK trägt die Erhöhung der Anzahl der Sonntagsverkäufe zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei.

Eine Minderheit aus SP, Grünen, AL und CSP lehnt die Erhöhung der Anzahl der Sonntagsverkäufe ab. Die Kommissionsminderheit weist darauf hin, dass das Anliegen von den eidgenössischen Räten im Frühjahr 2021 abgelehnt wurde. Ohnehin können im Kanton Zürich die Läden bereits von Montag bis Samstag ohne zeitliche Beschränkung geöffnet sein. Eine weitergehende Regelung wurde bei der kantonalen Volksabstimmung vom 17. Juni 2012 mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 70,68 Prozent abgelehnt.

Namens der WAK bitte ich Sie, der PI zuzustimmen.

Minderheitsantrag von Stefan Feldmann, Melanie Berner, Beat Bloch, Harry Brandenberger, Jasmin Pokerschnig, Birgit Tognella:

I. Die Standesinitiative zur zeitlich befristeten Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten wird abgelehnt.

II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Stefan Feldmann (SP, Uster): Als diese PI vor anderthalb Jahren für die vorläufige Unterstützung traktandiert war, habe ich in meinem Votum vom alten Wein in neuen Schläuchen gesprochen. Die Forderung dieser PI, mehr Sonntagsverkäufe, war die gleiche alte wie eh und je. Die Begründung – zeitlich befristete Unterstützung des Detailhandels wegen der Corona-Pandemie – war neu, wenn auch nicht besonders originell. Wenn wir nun die durch die WAK geänderte PI anschauen, stellen wir aber fest: Die zeitliche Befristung ist weg, die Corona-Begründung spielt argumentativ nur noch eine untergeordnete Rolle. Und deshalb können wir festhalten: Jetzt ist diese PI nur noch alter Wein in alten Schläuchen. Als Begründung für mehr Sonntagsverkäufe werden von der Kommissionsmehrheit vor allem zwei Dinge angeführt: erstens, dass der Detailhandel durch die Massnahmen zur Corona-Pandemie getroffen worden sei und etwa die Sonntagsverkäufe im Winter 2020 nicht hätten durchgeführt werden können. Und zweiter Punkt: dass dem stationären Detailhandel die globale, digitale Konkurrenz zu schaffen macht und er in diesem Kampf unterstützt werden müsse.

Zum ersten Punkt: Ja, der Detailhandel wurde durch die Corona-Pandemie getroffen, aber mit diversen staatlichen Notfallprogrammen wurde ihm auch massiv geholfen. Nun sind wir schon seit bald zwei Jahren nicht mehr in der Corona-Pandemie, allfällige Nachholeffekte, soweit es sie denn gegeben haben sollte, wurden seither ohne Zweifel bereits konsumiert. Und der Hinweis auf die abgesagten Sonntagsverkäufe 2020 ist dann definitiv an den Haaren herbeigezogen. Oder glauben Sie, irgendjemand hat im Winter 2020 Einkaufsgeld auf die Seite gelegt und sich gesagt «das gebe ich dann an einem der zusätzlichen Verkaufssonntage 2024 aus»?

Und dann zur Konkurrenz durch den digitalen Handel: Ja, das ist eine Herausforderung, für einige sogar ein Problem. Aber auch dieses lösen Sie nicht mit mehr Sonntagsverkäufen. Oder glauben Sie, dass auch nur eine einzige Person, die am Sonntag am Computer bei Amazon (*US-amerikanischer Onlineversandhändler*) mit einem Klick ein Buch bestellt, dafür in die Buchhandlung geht, nur weil diese an einem zusätzlichen Sonntag geöffnet hat? Die Stärke des Detailhandels ist – und da sind wir uns sicher alle einig – seine Beratungsdienstleistung. Damit muss er punkten, und das an jedem Wochentag. Ein paar Sonntagsverkäufe mehr lösen das Problem mit der digitalen Konkurrenz nicht, wenn die Beratungsdienstleistung nicht stimmt. Also auch das ist ein reines Augenwischer-Argument.

Schliesslich muss auch noch die Frage erlaubt sein: Wer würde denn von Sonntagsverkäufen, von zusätzlichen Sonntagsverkäufen profitieren? Der kleine Gewerbebetrieb, für den Sie sich vermeintlich starkmachen? Oder nicht doch eher die Verkaufsketten oder die Einkaufszentren? Für viele kleine Detailhändler rechnet sich der Sonntagsverkauf nämlich gar nicht beziehungsweise rechnet sich nur in der Weihnachtszeit, weil die Personal- und übrigen Kosten nicht durch den zusätzlichen Erlös hereingebracht werden können. Anders sieht es natürlich für ir-

gendwelche Verkaufsketten aus, welche die Overheadkosten geringer halten können. Also Sie erweisen mit dieser Idee den echten, kleinen Gewerbetreibenden nicht wirklich einen Dienst.

Und schliesslich noch als letzter Punkt: 2012 wurde im Kanton Zürich die Volksinitiative «Der Kunde ist König» abgelehnt. Und es war beileibe kein Zufallsmehr, sondern über 70 Prozent der Stimmberechtigten haben mit ihrem Nein zum Ausdruck gebracht, dass sie keine weitere Liberalisierung der Öffnungszeiten wollen. Nun schreibt die Regierung in ihrer Stellungnahme, die beiden Vorlagen liessen sich nicht miteinander vergleichen, die Forderungen seien sehr unterschiedlich. Das ist natürlich so. Aber wenn wir ein wenig den Blick öffnen, dann sehen wir, dass die Schweizer Bevölkerung in den letzten Jahren konstant und reihum so ziemlich jede Bemühung um flexiblere Ladenöffnungszeiten abgelehnt hat, zuletzt in den Kantonen Zug und Freiburg. Mal ging es um längere Öffnungszeiten am Abend, mal um diejenigen vor hohen Feiertagen, mal auch um mehr Sonntagsverkäufe wie hier. Sie waren also alle auch sehr unterschiedlich, das Resultat war aber eigentlich immer das gleiche: Die Bevölkerung hält nicht viel von noch mehr und noch weiter liberalisierten Ladenöffnungszeiten. Sie will das gar nicht, Sie politisieren in dieser Frage ganz klar am Volk vorbei.

Wie gesagt, wir diskutieren heute alten Wein in alten Schläuchen. Ein Sprichwort besagt ja, dass das Leben zu kurz sei für schlechten Wein. Das gilt natürlich auch für alten Wein und es gilt noch vielmehr für alten Wein aus alten Schläuchen: Er «müffelet» und er gehört in den Abfluss gekippt und nicht schön verpackt und mit einem kantonsrätlichen «Mäscheli» versehen nach Bern geschickt. Die Position der SP-Fraktion zum Anliegen dieser PI ist zugegebenermassen auch alt, aber sie ist richtig und sie wird von den Stimmberechtigten gestützt: Wir lehnen eine weitere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ab und somit auch diese parlamentarische Initiative. Unterstützen Sie bitte den Minderheitsantrag, besten Dank.

Patrick Walder (SVP, Dübendorf): Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt die Mehrheit der WAK und wird dem Geschäft zustimmen. Wir erachten es als richtig und wichtig, dass die möglichen Sonntagsverkäufe von heute vier auf zwölf Sonntage erhöht werden. Auch bei zwölf Sonntagen erreichen wir noch nicht die gewünschte Liberalisierung, aber es ist somit zumindest mal ein Sonntag pro Monat. Eine Überweisung heisst aber noch längst nicht, dass diese zwölf Monate dann auch effektiv ausgeschöpft werden. Wichtig zu wissen ist, dass, wenn es mittels Standesinitiative zu dieser Änderung kommen würde, weiterhin die Entscheidung darüber, wie viele Sonntagsverkäufe innerhalb des vom Arbeitsgesetz gesteckten Rahmens möglich sind, weiterhin lokal gefällt wird. Es handelt sich also nicht um eine Pflicht, sondern lediglich um eine Möglichkeit. Ich persönlich bin sehr froh, dass es Branchen gibt, welche bereits heute am Sonntag arbeiten, so zum Beispiel die Branche des Gesundheitswesens, die Polizei, die Landwirte oder die Pfarrer. Wieso man dies einem Grossteil der Arbeitnehmenden vorenthalten möchte, erachte ich als krasse Ungleichbehandlung. Auch ich persönlich bin froh und auch davon betroffen, dass das Arbeitsgesetz zum Beispiel bei uns Wirtschaftsprüfern in den ersten Monaten des Jahres grosse Ausnahmen vorsieht. Weiter handelt es

sich um eine Stärkung der freien Wirtschaft, was gerade im Kanton Zürich wichtiger denn je ist. Eine Ausweitung der Möglichkeit der Sonntagsverkäufe gibt zum Beispiel den Detailhändlern die Chance, sich gegen den Onlinemarkt zu behaupten, Wirtschaftskraft in der Region zu halten und Arbeitsplätze zu schützen. Wer sich dagegen wehrt, gefährdet aktiv die Arbeitsplätze, was definitiv unverantwortlich ist. Weiter Stärken belebte Zentren gerade in der Stadt Zürich auch den Tourismus, was effektiv einen ebenfalls positiven Effekt auf Zürich und auf die Wirtschaft und entsprechend natürlich auch auf die Arbeitsplätze haben mag. Aus diesem Grund werden wir, wie eingangs erwähnt, zustimmen. Besten Dank.

Christian Müller (FDP, Steinmaur): Verkaufsoffene Sonntage sind für viele Detaillisten, aber auch für Gewerbebetriebe eine wichtige Ergänzung zum üblichen Tagesgeschäft und bringen dementsprechend auch zusätzliche, dringend notwendige Erträge. Insbesondere sind die Konsumenten an Sonntagen auch entspannter unterwegs und haben mehr Zeit für ein Einkaufserlebnis und Beratungen. Die heutige Regelung mit nur vier verkaufsoffenen Sonntagen ist ein enges Korsett. Und wenn, wie in der Corona-Zeit erlebt, diese wenigen Tagen dann noch ausfallen, hat dies grosse wirtschaftliche Konsequenzen für die Unternehmen. Da diese wenigen Tage auch schon zu Beginn des Jahres jeweils für das ganze Jahr festgelegt sind, gibt es auch keine Chance, die Ausfälle später zu kompensieren. Deshalb ist eine weitere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ein wichtiger Beitrag, der den Unternehmen die Möglichkeit gibt, auf die Herausforderungen nach mehr Einkaufserlebnis mit attraktiven Sonntagsverkäufen reagieren zu können und sich, entgegen der Ansicht von Kantonsrat Feldmann, vom beratungsfreien Onlinehandel abzuheben. Zusätzliche Verkaufstage sind ein Gewinn für die Kundschaft, schaffen mehr Arbeitsplätze, bringen den Unternehmen mehr Ertrag und steigern dadurch die Wirtschaftsleistung im Kanton Zürich, also eine klassische Win-win-Situation. Deshalb ist eine weitere Flexibilisierung hier dringend angezeigt.

Stimmen auch Sie der Flexibilisierung zu, geben Sie den Detaillisten und dem Gewerbe die Möglichkeit zur Kompensierung der Ausfälle durch Krisen und andere hindernde Situationen. Sie beleben damit auch die Innenstädte und Dorfkerne. Die FDP stimmt der geänderten PI mit dem Antrag auf unbefristete zwölf Verkaufssonntage pro Jahr zu und damit einer notwendigen Flexibilisierung – aufgrund der klaren Gewinnsituation für alle Seiten.

Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon): Sonntäglicher Kirchgang und Spaziergang im Kreise seiner Liebsten, egal, ob am See oder nicht, diese Bilderbuchvorstellung entspricht schon lange nicht mehr der Realität. Schon heute ist der verkaufstärkste Tag im Onlinehandel der Sonntag. Die Bevölkerung hockt somit vor einem Gerät und shoppt im Internet. Die kalte Jahreszeit ist dabei die umsatzstärkste. Sonnenschein lockt unvermindert die Menschen nach draussen, in die Badi, zum Flanieren, Grillieren, Velofahren. Im Winter braucht es andere Anreize, um die Bevölkerung dem Internet abspenstig zu machen. Eine Ausweitung

der Sonntagsverkäufe würde somit keine Kirchgänger kapern, sondern Stubenocker bewegen. Das stärkt die Konkurrenzfähigkeit der stationären Geschäfte und dient den Gastronomen in deren Nachbarschaft. Überdies entstehen Anreize, dass Gäste ihren Aufenthalt auf den Sonntag ausdehnen. Eine Öffnung fördert den innerschweizerischen Tourismus und begünstigt Tagesausflüge. Zudem werden Arbeitsplätze an Randzeiten geschaffen. Denn es gibt viele Arbeitnehmende, zum Beispiel Studierende, welche gerne an Sonntagen arbeiten und vom Sonntagszuschlag profitieren wollen. Selbstverständlich müssen arbeitsrechtliche Vorgaben erfüllt werden.

Offenbar sind liberale Öffnungszeiten zu annehmbaren Arbeitsbedingungen durchaus zu schaffen. Berggemeinden beispielsweise haben ihre Geschäfte geöffnet. Ist es liberal, wenn der Bevölkerung vorgeschrieben wird, wie und wo sie ihre Freizeit gestalten soll? Oder warum ist Shoppen in Ski- und Wandergebieten in Ordnung, in Zürich aber nicht? In beiden Fällen leisten andere Menschen Sonntagsarbeit.

Das Parlament in Bern zeigt kein Herz für die Zürcher Detailhändler. Daher ist in diesem Fall ein Zeichen aus Zürich nötig, weshalb wir diese Standesinitiative für die Erhöhung auf zwölf Verkaufssonntage unterstützen. Parallel zu dieser Standesinitiative läuft mein Vorstoss für liberalere Ladenöffnungszeiten in Zürcher Tourismusgebieten (*KR-Nr. 94/2021*). Wie es der Tagi (*Tages-Anzeiger*) formulieren würde: Wir bleiben dran.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Bei der Einreichung der PI wurde noch die Corona-Pandemie bemüht, um die Ladenöffnungszeiten auszuweiten. Jetzt ist es wenigstens klar, die Bürgerlichen wollen ohne Rücksicht auf das Verkaufspersonal und die kleinen Läden einmal pro Monat einen Sonntagsverkauf. Es heisst, die kleinen Dienstleistungsanbieter würden besonders profitieren, doch gerade für die kleinen sind Sonntagsverkäufe eine grosse Herausforderung. Es muss ein Tag mehr Lohn bezahlt werden. Und wird das Geschäft allein geführt, fällt auch noch der einzige arbeitsfreie Tag weg. Es wird auch argumentiert, dass die Fachgeschäfte mit den erweiterten Öffnungszeiten dem Onlinehandel entgegentreten können. Doch das funktioniert allerhöchstens dann, wenn auch tatsächlich Fachverkäuferinnen und -verkäufer im Laden stehen; dazu nur das Stichwort «Fachkräftemangel». Aushilfspersonal – oft Studierende – ist schlicht nicht in der Lage, die Kundschaft vertieft zu beraten. Und so wird am Ende das Stammpersonal die Sonntage stemmen müssen. Die kleinen Läden sind also nicht ohne weiteres in der Lage, weitere Dienstsichten abzudecken. Die Ausdehnung der Öffnungszeiten begünstigt in erster Linie grosse Ketten und ist ein Nachteil für die kleinen Läden.

Die Grünen sind dezidiert der Meinung, dass das Verkaufspersonal Anrecht auf ein Familienleben hat. Der Sonntag ist der Tag, an dem sich die meisten Menschen treffen können, um ihre Freundschaften zu pflegen und Zeit mit der ganzen Familie zu verbringen. Eine Sieben-mal-24-Stunden-Gesellschaft ist aus unserer Sicht schlicht nicht erstrebenswert.

Die Ladenöffnungszeiten sind im Kanton Zürich von Montag bis Samstag bereits vollständig liberalisiert, und die Arbeitszeit des Verkaufspersonals wird heute schon zerstückelt. So ist es möglich, dass sie von 9 bis 14 Uhr, von 14 bis 17 Uhr frei haben und dann von 17 bis 20 Uhr nochmals an die Theke müssen. Das sind keine attraktiven Arbeitszeiten und behindern jetzt schon die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Denken Sie bitte etwas ans Verkaufspersonal.

Erstaunlich ist das Engagement der GLP für die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten. So setzt sich die GLP indirekt für mehr Mobilität und Konsum ein. Geschätzte GLP-Kolleginnen, das ist schade und hilft uns bezüglich Klimakrise nicht wirklich weiter.

Nun bleibt zu hoffen, dass die Standesinitiative, sollte sie eine Mehrheit finden, wie schon oft in diesem Rat gesagt und behauptet, keine Wirkung entfalten wird. Wie Grünen lehnen die Standesinitiative ab.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim): Um es vorwegzunehmen, die Mitte wird die PI grossmehrheitlich ablehnen. Wir haben sie schon nicht vorläufig unterstützt und wir sind zu keinen neuen Argumenten gekommen.

Warum? Also einerseits ist die Standesinitiative – da haben wir schon oft darüber diskutiert – für unsere Fraktion etwas verpönt, gerade für einen grossen Kanton Zürich, der 38 Vertreter in Bundesbern hat. Also wenn Sie wieder einen Vorstoss machen wollen, dann gehen Sie doch diese an, die können das dort direkt einbringen. Und in diesem Zusammenhang möchte ich nach dem gestrigen Wahlsonntag (*zweiter Wahlgang für den Ständerat*) noch ein persönliches Wort an die Kolleginnen und Kollegen zum meiner Linken, also die Rechte, richten. Ich bin überzeugt, die neue Zürcher Ständerätin (*Tiana Angelina Moser, GLP*) wird Sie bei diesem Anliegen vollumfänglich unterstützen.

Im Weiteren ist es ein weiterer Corona-Vorstoss, der heute wirklich ins Archiv gehört. Für die Mitte sind weitere Sonntagsverkäufe kein dringliches Anliegen. Wir haben es schon gehört, das Portemonnaie der Konsumentinnen und Konsumenten wird nämlich nicht grösser, wenn die Einkaufstage auf sieben Tage verteilt sind, auch wenn sie am Sonntag anscheinend entspannter sind. Ich möchte aber auch sagen, dass wir sicher mit uns reden lassen, wenn es dann um die Frage geht, wie wir in Tourismusgebieten mit der Flexibilisierung umgehen können.

Und vielleicht noch zum Schluss: Auch nach dem Namenswechsel von «CVP» zur «Die Mitte» haben wir unsere Wurzeln noch nicht ganz vergessen und halten uns an die Bibel, an das Alte Testament, und dort steht: «Am siebten Tage sollst du ruhen».

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Die Bibel wurde ja schon zitiert, also muss ich das nicht mehr machen. Ich weiss nicht, wie Sie es haben, aber ich bin froh um Pausen. Wenn Sie Sport machen, dann machen Sie nicht sieben Mal 24 Stunden Sport, sondern Sie machen Pausen, weil Sie dann besser sind im Sport.

Und jetzt haben wir ja gehört, ob es denn liberal sei, wenn man Vorschriften mache. Und da möchte ich beispielsweise fragen: Ist es liberal, dass wir im Strassenverkehr Vorschriften machen? Es wäre doch liberal, wenn jeder fahren dürfte, wie er will. Da ist es uns klar, dass wir Vorschriften brauchen. Wieso überhaupt nur zwölf Sonntage? Es wäre doch liberal, alle Sonntage einkaufen zu können. Ich persönlich und wir als Fraktion, wir wollen das nicht; nicht, weil wir Sie in der Kirche erwarten, sondern weil es auch in Ihrem eigenen Interesse ist. Braucht es denn mehr Möglichkeiten, um einzukaufen? Fühlen Sie sich vielleicht unterernährt oder unterversorgt? Brauchen wir einen attraktiven Standort? Bringt es etwas, wenn Sie Ihr Geschäft rund um die Uhr offen haben? Das Menu wird nicht besser, nur weil der Kühlschrank rund um die Uhr offen ist. Sie werden auch nicht mehr Umsätze machen, wenn Sie dauernd offen haben. Die Leute haben ein Budget, der Umsatz wird sich einfach anders verteilen. Was wir als Unternehmen brauchen, sind weniger Vorschriften. Der Umgang mit den steigenden Kosten, der Personalmangel, das sind die «Pain Points», die wir haben. Und wieso nutzen dann die Geschäfte die Möglichkeit nicht, von 6 Uhr bis 23 Uhr offen zu haben? Die Unternehmer sind doch nicht dumm. Wieso schliessen die vorher, wenn das Bedürfnis so gross ist? Und dann noch das Covid-Argument (*Corona-Pandemie*): Wenn Sie das BIP (*Bruttoinlandsprodukt*) anschauen, dann haben wir während Covid einen Einbruch erlebt, den haben wir aber voll kompensiert nach Covid. Wir haben mit dem Einbruch und mit der Kompensation nicht mehr Umsatz gemacht, wir haben einfach den Umsatz anders verteilt. Und zudem haben Sie ja noch die Möglichkeit, an 365 Tagen an den so genannten Rail-City-Standorten einkaufen zu können. Und wenn Sie zu wenig Einkaufsmöglichkeiten haben, dann können Sie ja auch online einkaufen.

Fazit: Es bringt nicht mehr Umsatz, es stresst die Angestellten und es ist weder für die Unternehmer noch die Konsumenten noch die Angestellten zielführend. Als EVP-Fraktion werden wir diese Standesinitiative ablehnen.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Läden in Bahnhöfen, Tankstellenshops und Familienläden dürfen heute schon sehr lange geöffnet haben, dies auch an Sonntagen. Und doch, das genügt den Ladenöffnungszeiten-Liberalisierern SVP, FDP und GLP nicht. Auch wenn das nationale Parlament im National und Ständerat vor zweieinhalb Jahren ein Vorstoss für mehr Sonntagsverkäufe versenkte und einige kantonale und kommunale Abstimmungen für mehr Sonntagsverkäufe von der Stimmbevölkerung ebenfalls versenkt wurden, halten die drei Parteien sowie die Zürcher Volkswirtschaftsdirektorin (*Regierungsrätin Carmen Walker Späh*) im Kanton Zürich stur daran fest. Die Volkswirtschaftsdirektorin weibelt ja gerne in Bundesbern für eine Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten und eine Aufweichung der Arbeitszeiten. Schliesslich sollen die Leute doch gemäss der benediktinischen Regel «ora et labora» rund um die Uhr arbeiten – mit der Betonung auf «labora». Das Beten, also das «ora», soll durch Konsum ersetzt werden. Fazit: «Arbeite und konsumiere gefälligst, du musst das Wirtschaftssystem am Laufen halten, die spirituelle Komponente des Lebens bringt nichts. Nur der Wirtschaftsmotor zählt, alles andere ist Verschwendung.»

Ein Blick auf die verschiedenen kantonalen und kommunalen Abstimmungsergebnisse der vergangenen 20 Jahre macht deutlich: Die Stimmberechtigten lehnten drei Viertel der Abstimmungsvorlagen für längere Ladenöffnungszeiten und Sonntagsverkäufe ab. Man kann also festhalten: Es besteht kein grosses Bedürfnis der Bevölkerung nach längeren Ladenöffnungszeiten.

Ursprünglich war die PI einer der zahlreichen Corona-Vorstösse, der ein wichtiges Zeichen an den Detailhandel und das Gewerbe aussenden wollte, die während der Corona-Pandemie unter den Massnahmen gelitten hatten. Ich weiss nun nicht, wie das Zeichen dem Detailhandel und dem Gewerbe drei Jahre nach Corona konkret hilft, aber Zeichen nach Bern zu schicken ist gerade im Trend. Wie das neueste Beispiel aus Olten zeigt, sind die Detailhändler nicht erpicht auf allzu viele Sonntagsverkäufe. Den im Kanton Solothurn möglichen Oktober-Sonntagsverkauf liessen sie nämlich links liegen.

Im Detailhandel arbeiten überwiegend Frauen mit eher mageren Löhnen. Wir wollen deren Arbeitsbedingungen nicht noch mit überlangen Arbeitszeiten verschlechtern. Aus diesem Grund lehnt die Alternative Liste die abgeänderte PI ab.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Wir kommen zur offenen Runde, Redezeit maximal fünf Minuten.

Erich Vontobel (EDU, Bubikon): Obschon ich das Prinzip der freien Marktwirtschaft grundsätzlich gutheisse, muss ich heute entschieden gegen diese Standesinitiative zur zeitlich befristeten Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten sprechen. Als Vertreter der EDU ist es meine Pflicht, die Interessen und das Wohlergehen unserer Gesellschaft und auch dasjenige unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Auge zu behalten.

Ursprünglich wurde diese Initiative vordergründig im Kontext der Corona-Situation ins Leben gerufen, als zeitliche Flexibilisierung, um die Wirtschaft zu unterstützen. Doch die wahre Absicht der Initianten ist nun klar und deutlich zutage getreten: Die zeitliche Befristung, die anfänglich im Mittelpunkt stand, ist aus dem Diskurs verschwunden. Es geht nicht mehr um die Abfederung der Folgen einer Pandemie, sondern um die permanente Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten.

Doch lassen Sie uns die Folgen einer solchen Ausdehnung etwas näher ansehen: Der Druck auf den Detailhandel würde noch grösser werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bereits jetzt unter anspruchsvollen Bedingungen arbeiten, sind über zusätzliche Öffnungszeiten am Sonntag nicht erfreut. Sie benötigen Ruhe, Erholung und Zeit mit ihren Familien, genau wie wir alle. Unsere Ämter zum Beispiel haben am Wochenende nicht geöffnet. Das ist ein Zeichen dafür, dass auch unsere Gesellschaft Pausen braucht, Momente der Ruhe und der Besinnung. Der Sonntag hat traditionell eine solche Rolle eingenommen und die vorliegende PI bedroht dies direkt. Der Ruhetag wird zum Unruhetag und das Gleichgewicht unserer Wochenstruktur gerät ins Wanken. Ob aus der Perspektive des christlichen Glaubens oder aus gesellschaftspolitischer Sicht, der Sonntag als Tag der Ruhe ist ein grundlegender Bestandteil unserer Kultur und unseres Lebens. Er

trägt zur mentalen und physischen Gesundheit unserer Bevölkerung bei und ist ein fester Bezugspunkt unserer gemeinsamen Zeit. Hier sehen wir es für einmal genau gleich wie Jasmin Pokerschnig von den Grünen. Zum Sonntag als Ruhetag muss Sorge getragen werden und diese Initiative untergräbt dies. Die Vertreter der EDU werden diese PI entschieden ablehnen und ich bitte Sie, dies ebenso tun.

Mario Senn (FDP, Adliswil): Der Detailhandel, der stationäre Detailhandel, befindet sich in der Krise. Onlineshopping, Einkaufstourismus, veränderte Gewohnheiten und so weiter setzen ihm zu und das spürt man auch in den Dorfzentren. Wir müssen deshalb die Rahmenbedingungen für den Detailhandel verbessern, dazu müssen wir ihm mehr Möglichkeiten bieten. Dazu gehört auch die Möglichkeit, am Sonntag einen Laden offen zu haben. Wohlverstanden, es ist eine Möglichkeit und keine Pflicht, die Entscheidung liegt bei den Unternehmen.

Heute sind die Sonntagsöffnungen ziemlich willkürlich geregelt. Sie hängen in erster Linie von der Lage ab. Sie kennen es, ÖV-Knoten, Tankstellen-Shops oder – darüber reden wir dann auch noch – Tourismuszonen, wer dort seinen Laden hat, ist privilegiert. Für alle anderen Läden ist das unfair. Es ist aber auch unfair gegenüber anderen Freizeitaktivitäten, bei denen es selbstverständlich ist, dass sie am Sonntag geöffnet sind: Öffentlicher Verkehr, Restaurants, Museen, Skigebiete und so weiter, alle dürfen geöffnet sein. Etwas salopp gesagt, darf ich am Sonntag in einer Kneipe ein Bier trinken gehen, einen Salat oder eine Jacke kaufen geht aber nicht. Also so weither ist es dann nicht mit «am siebten Tage sollst du ruhen», aber es scheint so, als sei der Detailhandel etwas Böses, das es am Sonntag nicht geben darf. Dieses bünzlige Bevormunden finde ich unerträglich. Es sind alles erwachsene Menschen, die Sie bevormunden. Immer wieder wird Bedauern geäußert, dass Läden in den Dörfern schliessen müssen, dass Dorfzentren veröden. Sie können aber nicht die Verödung der Innenstädte beklagen und gleichzeitig die Läden geschlossen halten. Denn ein attraktives Detailhandelsangebot gehört einfach zu attraktiven Innenstädten. Schauen Sie nur nach Italien, für viele ein Vorbild, wenn es um beliebte Städte geht. In diesem katholischen Land dürfen Geschäfte am Sonntag geöffnet sein.

Es wurde mehrfach auf Abstimmungsergebnisse hingewiesen, auch auf dasjenige von 2012 im Kanton Zürich zur Volksinitiative «Der Kunde ist König». Die Situation hat sich jedoch seit 2012 erheblich geändert, wer machte damals schon Onlinehandel. Was sich auch geändert hat, ist die Haltung der Regierung. Regierungsrat Ernst Stocker, damals Vorsteher der Volkswirtschaftsdirektion, sagte bei dieser Abstimmung zur Initiative «Der Kunde ist König», eine Änderung des kantonalen Rechts bringe nichts, weil das Bundesrecht es immer noch verbieten würde, an mehr als vier Sonntagen Personal zu beschäftigen. Genau das will diese Standesinitiative ändern. Sie setzt deshalb auf der richtigen staatspolitischen Ebene an und sendet ein wichtiges Zeichen aus dem Wirtschaftsmotor Kanton Zürich nach Bern.

Dann einfach noch etwas zur Aussage, ja, das Bundesparlament hätte das abgelehnt: Das ist auch nicht überraschend, denn die Bergkantone haben ihre Tourismuszoneregeln, die brauchen das gar nicht. Und ich wiederhole noch einmal:

Wenn Unternehmen am Sonntag nicht geöffnet haben wollen, dann können sie auch zu bleiben. Dann müssen Sie auch nichts befürchten und können der Standesinitiative zustimmen.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Ich war diesen Samstag an der Bahnhofstrasse und habe dort einen christlichen Prediger gesehen, der laut aus der Bibel rezitiert hat und versucht hat, die Leute von seinen Anliegen beziehungsweise von der Bibel zu überzeugen, dass man dem doch ein bisschen mehr Beachten schenken soll. Er hat mich ein bisschen an Sie, liebe Bürgerliche, erinnert und auch an Frau Walker Späh beim Thema der Sonntagsöffnungszeiten. Nämlich geradezu gebetsmühlenartig hat er nämlich alle Passanten berieselt und versucht, diese von der Bibel zu überzeugen. Und genau so machen Sie es, liebe Bürgerliche, genau so machen Sie es, liebe Frau Walker Späh, und trotzdem interessiert das kaum einen. Zumindest an der Bahnhofstrasse sind die meisten uninteressiert vorbeigegangen. Bloss gibt es hier einen Unterschied: Währenddem der Prediger immer wieder versucht, uns, die Bevölkerung zu überzeugen, nehmen Sie einen anderen Weg. Sie wissen nämlich, okay, gut, die Bevölkerung will das nicht unbedingt. Obwohl Sie wissen, dass die Bevölkerung die erweiterten Ladenöffnungszeiten nicht will und obwohl Sie auch wissen, dass die Städte hierzu gar keinen Bedarf sehen, versuchen Sie es der Allgemeinheit nun aufzudrücken. Und der Grund ist ja auch einfach, wir haben es gerade gehört: Sie verlieren mehrheitlich auch die entsprechende Volksabstimmungen, also benutzen Sie die Hintertür, lobbyieren beispielsweise in Bern – wohl auch in Bern – und sagen, dass dies ein Bedürfnis in Zürich sein soll. Und hier sollte man einfach nochmals klarstellen: Die Bevölkerung von Zürich will diese Verkäufe nicht. Und Ihre Argumente sind, wie bereits treffend gesagt wurde, alter Wein in neuen Schläuchen. Und Sie versuchen es auch immer wieder mit neuen Argumenten: Tourismuszonen, zum einen, sollen den Tourismus fördern, das haben wir bereits gehört. Dass je nach Definition sogar Winterthur oder die Winterthurer Altstadt eine Tourismuszone sein soll, das bringt mich als Winterthurer zwar ein bisschen zum Schmunzeln – es bleibt mir nichts anderes übrig –, vor allem wenn ich die Horden von Touristen an einem Sonntag in Winterthur beobachte, dann haut es mir wirklich den Deckel weg. Und nicht zuletzt muss man auch sagen: Ich sehe es auch ein bisschen als Alleinstellungsmerkmal in Europa, als Alleinstellungsmerkmal in der Schweiz, dass, wenn man in der Schweiz ist und hier Urlaub macht, an einem Sonntag eben genau nicht alle Geschäfte offen sind, dass es eben etwas anderes ist und das gehört doch auch zum Erlebnis dazu. Und auch sonst versuchen Sie nadelartig immer wieder mit kleinen Stichen, mit immer neuen erlaubten Ladensonntagsverkäufen diese Regelung auszuhöhlen, und das braucht es schlichtweg nicht.

Nun hören wir auch wieder einen neuen Begriff, nämlich den Begriff «Einkaufserlebnis». Für mich ist schon das ein Unwort. Es soll quasi die Wirtschaft ankurbeln, als ob sich dadurch plötzlich magisch das Geld vermehren würde. Die Konsumenten sollen mehr Geld ausgeben, haben wir gehört, aber woher das Geld kommt, ist mir ein wenig unklar. Die entsprechende Gelddruckmaschine, die mir am Sonntag mehr Geld generiert, habe ich bisher nicht gefunden. Hier unter dem

Schreibtisch ist sie, glaube ich, auch nicht. Wenn Sie mir den Standort verraten können, nur zu gerne. Ich bin auch nicht abgeneigt, ein bisschen mehr Geld zu haben. Dann gehe ich vielleicht sogar am Sonntag einmal einkaufen. Ich bezweifle aber, dass Sie mir dies bieten können.

Und wenn Sie nun noch sagen, ja, mit Sonntagseinkäufen wollten Sie den Internet-Verkauf konkurrenzieren und hätten damit quasi Ihr Gegenmittel gefunden zum Internet gefunden: Ja, dann haben Sie wohl auch definitiv keine richtig funktionierenden Konzepte für die kommende Digitalisierung, um dem Herr zu werden. Ich würde ja gerne sagen «glauben Sie diesbezüglich weiter an den Storch», aber ich befürchte, es ist hier auch nur ein weiteres Argument, mit dem Sie hier Ihren «Grind» durchstieren wollen. Also hören Sie doch bitte auf damit! Hören Sie auf die Bevölkerung oder versuchen Sie, zumindest die Bevölkerung zu überzeugen! Und schützen Sie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nicht zuletzt die KMU, die sich nämlich solche Öffnungszeiten nicht leisten können. Gehen Sie nicht an der Bevölkerung vorbei! Wenn Sie mehr und längere Ladenöffnungszeiten wollen, dann reden Sie mit der Bevölkerung, überzeugen Sie die Bevölkerung, aber machen Sie es nicht hintenherum. Besten Dank.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Wer mich kennt, weiss, dass ich Standesinitiativen für etwas vom Dümmden halte, was wir hier drinnen machen können, und deshalb wollte ich eigentlich nichts sagen. Aber Sie machen hier wieder eine Grundsatzdebatte um die Ladenöffnungszeiten und da muss ich dann doch den einen oder anderen Blödsinn korrigieren, der hier mal wieder erzählt wird. Und an den, der am lautesten gelacht hat, wende ich mich jetzt gleich als erstes: Manuel Sahli, du hast dich vorhin lustig gemacht über das Wort «Einkaufserlebnis». Koni Langhart, du hast gesagt, der Umsatz bleibe immer gleich. Das stimmt eben genau nicht. Sie gehen eben genau von demjenigen Bürger aus, der sein Geld auf den letzten Rappen einplant, der immer nur genau das kauft, was er wirklich braucht, und um das geht es ja nicht. Ein Einkaufserlebnis ist eben: Ich gehe shoppen, und dann werde ich vielleicht inspiriert und kaufe mir vielleicht am Sonntag einen Pullover, den ich mir am Dienstag nicht gekauft hätte. Das ist doch genau der Witz der Sonntagsöffnungszeiten. Dann zu Donato Scognamiglio: Du hast gesagt, die Läden machten ja gar keinen Gebrauch von diesen verlängerten Öffnungszeiten. Ja, das stimmt, das ist so. Das ist eben genau deshalb so, weil es freiwillig ist. Es kann nämlich eben genau der am Sonntag aufmachen, der das möchte, der davon profitieren möchte, der vielleicht Produkte hat, die sich an einem Sonntag auch besser verkaufen, wenn die Leute gutgelaunt in den Laden reinkommen und vielleicht auch mal etwas kaufen, das sie vielleicht nicht auf der Liste hatten. Dann ebenfalls zu Donato, ich muss dich jetzt gleich nochmals zitieren, Judith Stofer hat dasselbe gesagt. Judith Stofer hat irgendetwas gesagt von überlangen Arbeitszeiten bei Verkäuferinnen und Donato Scognamiglio hat gesagt, es würden keine Pausen gemacht: Das stimmt doch nicht. Die Arbeitszeit ist immer genau gleich lang. Wer am Sonntag arbeitet, arbeitet dann halt unter der Woche einen Tag nicht. Das Arbeitsgesetz ist hier sehr streng. Es geht nur darum, an welchem Tag man arbeitet. Überstunden – das weisst du ganz genau, Judith Stofer –, die werden

ausbezahlt oder kompensiert. Da musst du hier nicht Fake News erzählen, dass überlange Arbeitszeiten gemacht werden. Man arbeitet immer gleich lang, einfach an anderen Tagen oder zu anderen Zeiten.

Dann als Grundsatz die Grundaussage, die Sie immer wieder gemacht haben, es bestehe kein Bedürfnis: Das stimmt doch überhaupt nicht. Gehen Sie mal am Sonntag in einen Tankstellenshop, gehen Sie mal im Hauptbahnhof einkaufen, da kommen Sie kaum an die Kasse, weil es so eine lange Schlange hat. Natürlich gibt es ein Bedürfnis. Machen Sie mal so einen Tankstellenshop zu am Sonntag – das musste leider vereinzelt passieren in den letzten Jahren –, da gibt es riesige Proteststürme, weil sich die Leute halt darauf verlassen, dass sie irgendwo am Sonntag noch etwas einkaufen können. Also dieses Argument zieht überhaupt nicht.

Und dann: Was ist eigentlich mit all denen, die eben trotzdem arbeiten müssen am Sonntag? Die sind Ihnen offenbar einfach egal, die Tramfahrer, die Leute auf dem Notfall im Spital, diejenigen im Restaurant. Einfach an all diejenigen, die heute hier dagegenreden, die ganze vereinigte Linke, aber auch unsere religiösen Freunde von der EDU und von der EVP: Ich will einfach niemandem von euch je in einem Restaurant sehen am Sonntag, denn da müssen die Leute auch arbeiten. Ich will niemanden von euch sehen, wie er sich in ein Tram setzt, denn der Tramchauffeur, die Tramchauffeuse müssen auch arbeiten, die können auch nicht zu Hause bei der Familie sein. Das ist wirklich eine Doppelmoral, die ihr hier vor euch herträgt, und ich erwarte wirklich von jedem einzelnen, der hier Nein stimmt, dass er am Sonntag schön artig zu Hause sitzt und ja nichts konsumiert.

Und dann noch eine letzte Bemerkung: Jasmin Pokerschnig, du hast noch irgend-etwas von der sogenannten Klimakrise geredet. Also ich finde es ja schon lustig: Uns wirft man immer vor, wir würden aus jedem Thema eine Zuwanderungsdebatte machen. Ihr schafft es selbst aus diesem Thema noch eine Klimadebatte zu machen, es ist langsam ein bisschen lächerlich. Vielleicht solltet ihr euch ein neues Steckenpferd suchen. Vielen Dank.

Rafael Mörgeli (SP, Stäfa): Sie haben mich schon lange nicht mehr am Sonntag in der Kirche gefunden. Aber wo Sie mich finden konnten, ist, während dem Studium an einem Sonntag an der Migros-Kasse (*Schweizer Grossverteiler*). Dort habe ich nämlich gearbeitet. Auch in der Vorweihnachtszeit hatten wir Sonntagsverkäufe, und als Student habe ich das natürlich noch gerne gemacht. Denn es hat eineinhalbmal so viel Stundenlohn gegeben. Jetzt über diese Sonntagsverkäufe habe ich mit dem Filialleiter gesprochen. Er hat mir gesagt: Wissen Sie, Herr Mörgeli, wir machen das nicht wegen des Geldes, wir machen ein Minus am Sonntag. Aber wir müssen es machen, denn der Coop (*Schweizer Grossverteiler*) hat auch offen und die anderen haben auch offen. Wir müssen das nur schon aus Prestige Gründen machen und deshalb machen wir halt eben auch auf. Auch der Direktor des Glatt-Einkaufszentrums hat in einem Interview dieses Jahr gesagt, er wolle diese Sonntagsverkäufe gar nicht. Sie machen hier also irgendwelche Türen auf, die der Detailhandel gar nicht möchte. Und wie es Kollege Scognamiglio

richtig gesagt hat, die Bevölkerung will es auch nicht. Und nicht nur die Detailhandelsbosse wollen es nicht, sondern auch die Detailhandelsangestellten wollen es nicht. Aber auch diejenigen, an die Sie vielleicht nicht denken, das Personal in der Reinigung, das Personal in der Logistik, all diese Leute wollen eben diese Sonntagsverkäufe auch nicht. Jetzt ist natürlich die Frage: Ja, wer will das denn eigentlich? Und da gibt es ein paar, die das wollen, einige Kantonsrätinnen und Kantonsräte, die das irgendwie als Prestigeprojekt ansehen, wie zum Beispiel Herr Senn, der viel über Bevormundung gesprochen hat. Aber, Herr Senn, mit dieser Standesinitiative bevormunden Sie dann eben indirekt die Mutter, die am Sonntag arbeiten muss und nicht in der Familie sein kann. Sie bevormunden diese Leute, die eigentlich gleichzeitig mit andern Leuten frei hätten und dann synchron mit den Leuten etwas unternehmen könnten. Das ist nicht mehr möglich. Sie bevormunden diese Leute dann indirekt, arbeiten zu gehen.

Wer will es auch noch? Es will dies auch noch die Volkswirtschaftsdirektorin, die den Mantel der Neo-Gewerkschafterin vom vorherigen Geschäft (*Vorlage 5884a*) schon wieder abgelegt hat und hier irgend so ein Prestigeprojekt vorantreiben will; vielleicht, weil sie persönlich gerne am Sonntag einkaufen gehen möchte. Fair enough, Sie können das ja am Hauptbahnhof tun. Wir von der SP tragen den Gewerkschaftsmantel aber mit Stolz und schon seit langer Zeit, werden das auch weiterhin tun und deshalb diese Standesinitiative ablehnen.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Ich glaube, wir sind uns einig, es herrscht soweit ein gesellschaftlicher Konsens, dass das Wochenende als arbeitsfrei gelten soll im Generellen. Es gibt aber auch einen Konsens, dass es bestimmte Berufsgruppen gibt, die eben quasi vom freien Wochenende befreit sind, weil sie eben arbeiten müssen, weil sie Dienst leisten müssen. Wir haben es gehört, Mitarbeitende Pflege, Notfalldienst, Polizei, sogar die Pfarrpersonen wurden bemüht. All das sind Dienstleister und diese Dienstleister haben eines gemeinsam: Sie bieten eben kein Einkaufserlebnis. Und das ist genau der Unterschied zu dem, was Sie jetzt versucht haben, uns hier zu verkaufen. Es ist allerdings nicht ganz konsequent. Wenn Sie hier vom Einkaufserlebnis sprechen, dann reden Sie eigentlich nur von einem kleinen Segment von Gewerbetreibenden. Warum darf dann der Automechaniker nicht auch ein Einkaufserlebnis vermitteln am Sonntag? Warum darf da nicht auch der Schreiner am Sonntag arbeiten oder der Elektriker? Ich verstehe nicht, warum der Mitarbeiter des Gewerbeverbandes (*gemeint ist Dieter Kläy, Co-Geschäftsleiter des Schweizerischen Gewerbeverbandes*) hier nicht schon längst aufgesprungen ist und gesagt hat, dann müssten wir es am Sonntag für alle Gewerbetreibenden offen machen. Ich denke, Sie wissen, warum Sie das nicht tun. Sie werden es nicht schaffen den gesellschaftlichen Konsens, wie wir mit dem Wochenende umgehen, einfach aufzuknacken. Und deshalb versuchen Sie es jetzt über die Hintertür mal mit dem Verkauf. Dass Sie eine andere Agenda haben könnten, steht im Raum, und wahrscheinlich lässt sich das so auch nicht bestreiten.

Über die Wirksamkeit dieser Standesinitiative sind wir uns wahrscheinlich alle einig. Ich hätte mir kaum vorstellen können, dass der Tag einmal kommt, aber

heute ist er da, der Tag, an dem ich sagen muss: Ueli Bamert hat recht, ich bin gleicher Meinung wie er, Standesinitiativen sind etwas vom Dümmden, was es gibt. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Den Vorwurf der Doppelmoral stupe ich als schwerwiegend ein. Ich muss sagen, wenn man für einen Grundsatzentscheid ist, dass der Sonntag grundsätzlich arbeitsfrei sein soll, und dann in ein Restaurant geht, um ein Familientreffen zu haben, um Geburtstag zu feiern, hat das nichts mit Doppelmoral zu tun, sondern dient dazu, dass die Familie Gemeinschaft pflegen kann, davon profitiert die Gesellschaft. Ich selber habe zehn Jahre lang in einem Betrieb gearbeitet, in dem ich am Sonntag arbeiten musste. Ich sage Ihnen eines: Es war jedes Mal «Gechääre», wer arbeiten musste. Es ist nicht so, dass die Arbeitnehmer sich streiten, wer am Sonntag arbeiten darf, sondern sie werden gezwungen. Ich habe zwei Cousins, die je in einer Coop-Metzgerei arbeiten. Sie werden gezwungen, am Sonntag zu arbeiten. Die meisten Leute wollen am Sonntag nicht arbeiten, genau aus den genannten Gründen. Sie möchten familieninterne Gemeinschaft pflegen können. Das wird mit einer Ausdehnung des Sonntags als Arbeitstag eben torpediert und unterbunden. Es ist ganz wichtig, dass dieser Grundsatzentscheid, dass der Sonntag arbeitsfrei bleibt, bestehen bleibt, zum Wohl unserer Gesellschaft. Dafür stehen wir hier, und die Bevölkerung hat es bisher auch erkannt. Ich bin sicher, sie wird es auch in Zukunft erkennen, dass Geld nicht die oberste Maxime für unsere Gesellschaft ist, sondern es Werte gibt in unserer Gesellschaft, die wichtig sind. Beziehungen sind wichtiger, und wir sind dafür verantwortlich, dass möglichst viele Personen diese Beziehungen auch pflegen dürfen. Danke vielmals.

Pierre Dalcher (SVP, Schlieren): Meine Interessenbindung: Ich bin Brillenverkäufer an der Bahnhofstrasse. Ich habe mit meinen Kollegen über diesen Vorstoss gesprochen. Wir sind immerhin ein Betrieb an der Bahnhofstrasse, der circa 120 Leute beschäftigt. Alle wollen am Sonntag nicht arbeiten. Das Interessante ist aber: Wenn ich jetzt auf die Liste für die kommenden Sonntage schaue, wo wir uns für die Sonntagsverkäufe eintragen sollen, dann sind alle 120 Leute eingetragen. Und vor allem sind sie noch mehrfach eingetragen, weil sie wieder gerne Überzeit machen, und so weiter. Das Publikum will auch einkaufen kommen am Sonntag. Sie sagen zwar alle Nein – klar, sage ich auch Nein –, aber wenn es offen ist, gehe ich das dann gerne nutzen. Und ich merke einfach, wie am Samstag und am Sonntag gerne eingekauft wird. Letzten Samstag hatten wir eigentlich um 17 Uhr geschlossen. Ich bin nach 18 Uhr rausgekommen, weil ich so und so viele Kunden noch bedienen musste, die kurz vor 16.45 Uhr noch in den Laden gekommen waren und eine Brille kaufen wollten.

Dann weiter: Die Unternehmer sind tatsächlich nicht dumm, da gebe ich allen recht. Als Beispiel: Mein Chef hat gemerkt, dass eigentlich von 19 Uhr bis 20 Uhr nicht mehr viel läuft, und hat die Ladenöffnungszeit auf 19 Uhr zurückgestellt. Denn er braucht einfach für diese Stunde so und so viele Leute und das hat sich

nicht rentiert. Und ich sage es auch so, ich habe mit meinem Chef darüber gesprochen und er hat gesagt: Wir werden es sehen. Wir werden offen haben, aber wenn sich das einfach nicht rentiert, machen wir wieder dicht. Alle müssen rechnen. Und wenn jetzt dann da vielleicht ein, zwei Firmen aus Prestige Gründen offen haben, dann sollen sie das. Aber ich denke, jeder wird so handeln, wie es auch rechnerisch aufgeht.

Dann möchte ich einfach so sagen: Dieses Thema ist ein Thema voller Widersprüche. Ich meine, ich sag es einfach mal so: ZVV (*Zürcher Verkehrsverbund*), Freitag-/Samstagnacht fährt dieses Ding, ob der Bus voll ist oder nicht, da haben wir kein Problem. Da haben wir gesagt «das machen wir, da gehen wir in den Ausgang, da lassen wir die Sau raus» und das zahlt die gesamte Gesellschaft. Weiter möchte ich auch sagen: Wann machen wir Politik? Wann bereiten wir uns vor auf den heutigen Tag? Auch am Sonntag. Also ich sehe da einfach eine Rieseninteressenverbindung und ich bin der Meinung: Jeder muss, soll das so machen, wie er es für richtig hält. Und die Kunden, die wollen am Sonntag einkaufen, sie sagen es aber einfach nicht. Danke.

René Isler (SVP, Winterthur): Man kann ja den Sonntagsverkauf mögen oder auch nicht, das stelle ich da nicht in Abrede. Ich persönlich brauche kein Sonntags-Shopping. Entweder bin ich genetisch anders gewickelt als gewisse Familienmitglieder von mir, aber ich shoppe auch unter der Woche nicht sehr gern. Jetzt muss ich aber leider Ihnen gegenüber mit einer Mär aufräumen, personalrechtlich gesehen. Zu meiner Interessenbindung: Meine Frau ist Personalverantwortliche eines sehr grossen, weltweit tätigen Betriebs. Und wenn sie wieder am Personal-Suchen ist, dann findet sie, wenn sie Stellenausschreibungen macht – ich helfe hier meistens, aber nur in der Administration –, dann ist das von Montag bis Samstag oder bis Freitagabend eine sehr mühsame Geschichte, da gebe ich Ihnen noch recht. Die Arbeitszeiten sind jeweils von morgens 8 Uhr bis abends um 17 Uhr oder 18 Uhr, da findet sie fast kein Personal. Wenn sie dann aber Stellen ausschreibt über das Wochenende und am Sonntag – vor dem sträubt sie sich – dann kommt die Post dann tatsächlich karetteweise mit Bewerbungen. Das Anforderungsprofil ist nebst einem stilicheren Auftreten und einem gepflegten Auftreten übrigens auch noch, dass man wenigstens zwei Fremdsprachen spricht. Auf die letzte Ausschreibung für drei Stellen gab es 169 Bewerbungen, aber die fünf Stellen für unter der Woche hat meine Frau bis heute noch nicht beisammen. Also die Mär, man zwingt die Leute, am Sonntag zu arbeiten – das will ich damit nur sagen –, die ist völlig falsch. Und meine Frau kriegt täglich Anschriften vor allem auch von ihrer Klientschaft, meine lieben Linken, es sind sehr viele Studentinnen und Studenten, die am Wochenende einen Job suchen, der sehr gut bezahlt ist. Stundenlohnässig ist diese Firma in der Schweiz fast führend und auch mit den Sozialleistungen. Sie kriegen Personal auch für die Wochenenddienste, jetzt auch wieder neu ausgeschrieben für die Feiertage. Diese Stellen sind zigfach besetzt. Da gibt es kein Rekrutierungsproblem, aber unter der Woche, im normalen Verkaufsbetrieb, da harzt es. Einfach diese Mär, dass jeder, der am Sonntag arbeitet, eigentlich – auf gut Deutsch – eine arme Sau ist, die stimmt so nicht, definitiv

nicht. Und glauben Sie mir, auch diese Unternehmen decken das an den Wochenenden, an den Feiertagen meistens mit Teilzeitarbeitern ab, die befristet sind. Also hören Sie auf mit dieser Mär, dass das geknechtete Leute sind, die da am Wochenende arbeiten. Die wollen arbeiten, aber selbstverständlich nochmal, die ganz grosse Frage ist: Will man Wochenend-Shopping machen oder will man das nicht?

Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht): Ich möchte auch noch etwas zur Gegenseite sagen, unter anderem zu Rafael Mörgeli: Die Flexibilisierung von Öffnungszeiten ist sinnvoll und wirtschaftlich attraktiv. Als Studentin war ich beispielsweise froh, wenn ich ab und zu am Sonntag arbeiten und Geld verdienen konnte. Und auch viele Eltern heutzutage sind froh, wenn sie sich zum Beispiel in der Betreuung der Kinder abwechseln können. Die Geschäfte sind voll, das sieht man zum Beispiel im Shopville (*Einkaufspassage beim Hauptbahnhof Zürich*). Wenn man hundertprozentig arbeitet, dann hat man nur noch den Samstag, um einzukaufen. Der Onlinehandel wird immer attraktiver und die Geschäfte haben das Nachsehen. Niemand wird gezwungen zu arbeiten, René Isler hat es gesagt, man hat an anderen Tagen frei und kriegt grosse Entschädigungen. Kein Geschäft wird überdies gezwungen, offen zu halten. In Touristenzentren ist heute schon offen am Sonntag. Das Einkaufserlebnis wird heutzutage immer wichtiger, und dies gerade in Zeiten des Onlinehandels. Die Geschäfte haben in der Corona-Zeit genug gelitten. Es geht nicht darum, jeden Sonntag offen zu haben. Die angedachte Idee ist ein Sonntag pro Monat. Das Gewerbe und die Bevölkerung profitieren. Das Bedürfnis ist klar da. Besten Dank für die Unterstützung.

Chantal Galladé (GLP, Winterthur): Ich wollte eigentlich nichts sagen und jetzt konnte ich trotzdem nicht anders. Ich habe mich – ich weiss nicht – vor etwa 15 Jahren, damals in einer Versammlung der SP, für die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten geäussert und bin ausgepiffen worden. Und ich habe deshalb gedacht, ich sage jetzt heute nichts, aber jetzt hat es mich trotzdem gereizt. Denn es gibt zwei Faktoren, die, finde ich, wesentlich sind: Das eine ist Doppelmoral und das andere ist Bevormundung. Man kann nicht für sich in Anspruch nehmen, für alle einer Gruppe sprechen zu wollen. Ich habe zum Beispiel jahrelang Lernende im Verkauf unterrichtet. Ein Teil von denen wollte unbedingt am Sonntag wegen dem Sonntagszuschlag arbeiten, ein anderer Teil nicht. Ich bin alleinerziehende Mutter. Ich kenne alleinerziehende Mütter, die froh sind, wenn sie am Sonntag arbeiten können, weil jemand anders aus der Familie betreuen kann. Und es gibt solche, die es nicht wollen. Gewerkschaftlich ist es, finde ich, ein falsches Verständnis, wenn man das Gefühl hat, alle bevormunden zu müssen, allen vorschreiben zu müssen, wie sie ihr Leben zu führen haben, und man den Menschen nicht mehr die Wahl lässt; das zur Bevormundung. Man kann nicht einfach für alle sprechen, es gibt eine Vielfalt an Lebensentwürfen und Menschen.

Und das zweite ist die Doppelmoral. Ich gebe es zu, ich gehe öfters am Sonntag einkaufen. Zum Glück wohne ich in der Nähe eines 24-Stunden-Tankstellenshops und nicht weit weg vom Bahnhof. Und wahrscheinlich kann man mir vorwerfen,

ich sei nicht so organisiert oder nicht gut organisiert im Leben, aber ich bin öfters dort anzutreffen. Was ich dort aber auch antreffe, das finde ich eben noch interessant: Ich habe all die Jahre immer wieder Menschen aus der Politik – ich oute jetzt niemanden – angetroffen, die sich fast hinter den Gestellen versteckt haben, wenn sie mich dort gesehen haben, und dann gesagt haben «du, ich bin im Fall sonst nicht da, das ist eine völlige Ausnahme», worauf ich gesagt habe «ja, mir ist das egal, ich kann da sein, ich bin schon immer konsequent dafür eingetreten».

Also ich bitte Sie um eines. Ich glaube, in der Politik geht vieles, diese Meinung oder jene Meinung, okay, aber seien Sie konsequent. Doppelmoral finde ich nicht tragbar. Wenn Sie heute gegen diese Standesinitiative stimmen, okay, aber dann lassen Sie sich an diesen Sonntagen bitte nicht in den Läden blicken. Ich finde das sonst peinlich und ich weiss, dass es Ihnen auch peinlich ist.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Wir haben einen Antrag auf Schliessung der Rennerliste.

Ordnungsantrag

Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur): Ich glaube, wir haben sie jetzt intensiv gehört, die Vor- und Nachteile des Shoppings am Sonntag, oder nicht? Insbesondere da es sich um eine Standesinitiative handelt und dann der National- und der Ständerat noch ausgiebig zu dem Thema diskutieren wird, und damit man noch einigermaßen vernünftig zur Mittagspause kommt,

beantrage ich nun doch die Schliessung der Rednerliste.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Wir haben einen Antrag auf Schliessung der Rednerliste, darüber muss sofort abgestimmt werden.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 137 : 19 Stimmen (bei 4 Enthaltungen), dem Ordnungsantrag zuzustimmen. Die Rednerliste ist geschlossen.

Yiea Wey Te (FDP, Unterengstringen): Zum Geschäft wurde, wie gesagt, bereits sehr viel und aus meiner Sicht alles gesagt (*Heiterkeit*). Dem gibt es nichts mehr beizufügen, ohne das Erwähnte zu wiederholen. Aber als Gastro-Zürich-Vorstandsmitglied möchte ich explizit sagen, dass die Gastronominnen und Gastro-nomen auch an Sonntagen alle Personen, aber wirklich jede Person auch hier im Rat, willkommen heissen. Das kann auch der Grossratspräsident des Kantons Graubünden, Sepp Caluori, und Präsident von Gastro Graubünden auf der Zuschauertribüne bestätigen (*der Grosse Rat Graubünden weist auf Einladung der Geschäftsleitung in Zürich*). Wir werden an jedem Sonntag im Jahr unseren Teil zu einem attraktiven und pulsierenden Kanton Zürich beisteuern und unsere Gäste mit viel Herzblut bewirten. Besten Dank.

Urs Dietschi (Grüne, Lindau): Es gab eine Zeit, da war ich Personalkommissionspräsident bei einem grossen Detaillisten. Die Sprüche, die hier drin fallen, von Freiwilligkeit, sind nicht nur an den Haaren herbeigezogen, sie sind herangekarrt worden, sie stimmen hinten und vorne nicht. Auf wen ging man los? Alleinstehende mit Kindern waren ein beliebtes Ziel, um sie zu drücken, dass sie am Sonntag zur Arbeit gehen. Haben sie reklamiert und gefragt «ja, und die Kinder?», hiess es «ja, schau halt». Es gibt die Freiwilligkeit auf dieser Basis höchstens, weil sie sonst noch weniger verdienen, also dass sie sich aus ökonomischen Gründen halbwegs hingeben, am Sonntag arbeiten zu gehen. Alles andere ist Zwang, ausser – was auch erwähnt wurde – die Studenten, die gerne ein bisschen was verdienen am Wochenende. Aber Familien, vor allem halbe Familien, Frauen mit Kindern sind beliebtes Ziel der Zuständigen in den jeweiligen Filialen, um die Leute herbei zu ordern, und so etwas kann man schlicht nicht goutieren.

Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten): Geschätzte bürgerliche Ratskolleginnen und -kollegen, Sie machen gleich mehrere Fehler und scheinen diese nicht einmal zu bemerken, darum hier eine kleine Korrektur zurück.

Erstens: Zusätzliche Sonntagsverkäufe, wie dies schon mehrmals gesagt wurde, sind keine Win-win-Situation. Sie vergessen, dass, wenn irgendwelche Unternehmen davon profitieren, es die grossen sind. Und selbst die sind, wie das schon Rafael Mörgeli ausgeführt hat, nicht immer begeistert davon. Die KMU gucken dagegen so oder so in die Röhre.

Zweitens vergessen Sie in Ihrer wunderschönen Win-win-Gleichung die Arbeitnehmenden, welche überhaupt nicht profitieren, weil ihre Arbeitsbedingungen noch prekärer werden. Kommen Sie mir nicht mit Sonntagszulagen, denn diese entfallen ab dem siebten Sonntag im Jahr. Kommen Sie mir nicht mit Freiwilligkeit, denn diese gibt es in der Regel für die Angestellten nicht. Und es betrifft im Fall nicht nur Personen im Detailhandel, es betrifft auch die Reinigung, das Sicherheitspersonal, die Logistik und so weiter; es kommt also noch ein ganzer Rattenschwanz dazu. Übrigens sind das alles Berufe, welche geprägt sind von sowieso schon tiefen Löhnen und unattraktiven Arbeitszeiten. Es ist also eher eine lose «Lose-lose-very-little-win»-Situation.

Drittens, ich hoffe, das hören Sie in ihrem Elfenbeinturm: Mehr Sonntage mit offenen Läden bedeuten nicht mehr Geld im Portemonnaie der Konsumentinnen und Konsumenten. Wollen Sie mehr Konsum? Dann stärken Sie doch die Kaufkraft der tiefen und mittleren Einkommen, das hätte effektiv einen Impact. Aber das wollen Sie ja nie.

Und viertens: Herr Bamert, ich habe den Sommer durch im Zuge meines Studiums im Gebärsaal im Triemli gearbeitet, inklusive Nachtschichten und Sonntagsarbeit. Ich gebe Erich Vontobel ausnahmsweise mal recht, dass der Wegfall des institutionellen Sonntags eine Mehrbelastung bedeutet. Aber als Person, die auch in Zukunft in Schicht und am Sonntag arbeiten wird, kann ich Ihnen, Herr Bamert, versichern, mein Magen meldet sich auch schon: Ich halte es keiner gebärenden Person vor, dass sie nun am Sonntag Wehen bekommt oder eine Kontrolle

braucht. Und vor allem wünsche ich niemandem, am Sonntag arbeiten zu müssen, nur weil ich es muss. So funktioniert die Welt der Arbeitnehmenden eben nicht. Und um das Votum vom Markus Schaaf noch zu ergänzen: Standesinitiativen sind grundsätzlich doof, diese hier ist aber besonders doof. Besten Dank.

Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon) spricht zum zweiten Mal: An die Adresse der Grünen, ist schon länger her jetzt mittlerweile, liebe Jasmin Pokerschnig: Zur Erinnerung, der verkaufstärkste Tag im Onlinehandel ist der Sonntag. Onlineshopping ist bekanntlich nicht umweltfreundlicher. Der Schuh wird dann nicht im Laden probiert, nein, es werden fünf Schuhe zur Probe bestellt und dann auch retourniert; das zum einen. Dann: Das Einkaufen am Sonntag verteilt die Kundenkonzentration der Samstage, was weniger Stress und eine angenehmere Kundenbetreuung der Angestellten ermöglicht. Und zu guter Letzt: Der Kluge reist im Zuge, auch am Sonntag. Herzlichen Dank.

Rafael Mörgeli (SP, Stäfa) spricht zum zweiten Mal: Ich glaube, zuerst einmal muss man sagen, diese Art von Debatten tun uns gut. Es ist lustig und man kommt so ein bisschen in einen Austausch, was ja sonst nicht so der Fall ist. Und deshalb antworte ich gerne auf Frau Nationalrätin Fehr (*Nina Fehr Düsel wurde in den Nationalrat gewählt*) und auch an Herrn Kantonsrat Isler: Also die Studis, da gebe ich Ihnen recht, die würden von diesen liberalisierten Ladenöffnungszeiten profitieren. Jeder Studi geht gern und bewirbt sich auch gern auf Stellen, die man machen kann, wenn man nicht an der Uni oder an einer Fachhochschule oder in der Schule sein muss. Aber es geht eben um diejenige, die bereits im Detailhandel arbeiten. Es geht um die Fachkräfte, um diejenigen, die Sie auch wirklich beraten können in den Läden. Ich kann Ihnen versichern, als ich in der Migros gearbeitet habe, hätte ich sie nicht gut beraten, auch am Sonntag nicht. Ich hätte gut einkassiert, das ist ja auch Berufsstolz, das hätte ich gern und gut gemacht, aber gut beraten hätte ich Sie nicht. Dafür braucht es ausgebildete Fachpersonen, und diese wollen nicht am Sonntag arbeiten. Fragen Sie sie, sie werden es Ihnen sagen. Und dann zur Doppelmoral, die Kollegin Chantal Galladé angesprochen hat: Sie sind alle Volksvertreterinnen und -vertreter. Sie lancieren hier eine Standesinitiative, also ein Anliegen Ihres Kantons, Ihrer Bevölkerung, einer Bevölkerung, die zu diesem Thema schon gesprochen hat, sie will das nicht. Also hören Sie mir auf mit dieser Doppelmoral und denken Sie an die Menschen im Detailhandel und denken Sie auch an Ihre Wählerinnen und Wähler. Und das Letzte: Denken Sie vor allem an die Menschen im Detailhandel. Die können nicht mit einem Knöpfchen-Drücken dafür sorgen, dass sie eine gute und lange Mittagspause haben, so wie Sie das heute getan haben.

Christian Müller (FDP, Steinmaur) spricht zum zweiten Mal: Statt die Rednerliste zu schliessen, hätten wir ja auch beschliessen können, am Sonntag weiter zu debattieren.

An die sogenannt progressiven Kräfte: Sie argumentieren damit, die Bevölkerung hätte früher Nein gesagt, wir müssten nicht mehr darüber diskutieren. Was hätten

wir heute alles nicht, wenn nach mehreren negativen Entscheiden keine weiteren Versuche mehr unternommen worden wären? Ich gehe davon aus, dass Sie dies selbst wissen. Es ist nun mal Aufgabe der Politik, auf Veränderungen bei den Bedürfnissen der Bevölkerung zu reagieren und die Rahmenbedingungen entsprechend anzupassen. Rafael Mörgeli, ja, so wie Sie möchten auch heute noch Studierende von einer Möglichkeit profitieren, am Sonntag ein Einkommen zu erzielen. Und nein, es wird niemand gezwungen, am Sonntag zu arbeiten, dies auch an Hans Egli. Aber es kann durchaus Bestandteil eines Arbeitsvertrags sein, der wohl so attraktiv ist, dass der Arbeitnehmer diesen unterzeichnet hat. Wir haben ja schliesslich einen Arbeitnehmermarkt.

Und an die EVP: Ja, die heutigen Möglichkeiten der Öffnungszeiten am Abend werden nicht überall vollumfänglich wahrgenommen. Das erwarte ich von Unternehmerinnen und Unternehmern, dass sie für sich selbst entscheiden können, welche Öffnungszeiten für ihr Geschäft die ertragsreichsten sind und wann Aufwand und Ertrag nicht im richtigen Verhältnis stehen.

An Markus Schaaf: Es wird schon lange am Wochenende gearbeitet, der Samstag gehört ja auch zum Wochenende. Und wenn Sie dem Automechaniker ebenfalls die gleich langen Spiesse in die Hand geben möchten wie dem Detailhandlungsangestellten, dann können wir ja mal sehen, wie ein Vorstoss aussehen müsste, den wir dann zusammen einreichen. Hier geht es nun mal darum, den Detaillisten ein wenig mehr gleiche Rechte einzuräumen wie den Betrieben am Hauptbahnhof, am Flughafen, an der Tankstelle und so weiter.

Stefan Feldmann (SP, Uster) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte auch noch ein, zwei Worte zum Gesagten sagen. Ich beginne bei Kollege Ueli Bamert: Er hat sich darüber enerviert, dass wir hier wieder eine Grundsatzdebatte zu diesem Thema führen. Da muss ich Ihnen einfach sagen: Nicht wir haben diese Grundsatzdebatte initiiert, sondern Sie haben diese Grundsatzdebatte mit diesem Vorstoss initiiert. Sie haben ihn mit damals neuen Argumentationen versehen. Diese neuen Argumentation haben Sie jetzt wieder gekillt. Und wenn wir hier schon wieder die gleiche Debatte führen, die wir schon x-mal in diesem Rat geführt haben, dann hat das damit zu tun, dass Sie eben den alten Wein in neuen Schläuchen zu altem Wein in alten Schläuchen gemacht haben. Und dass wir jetzt quasi über eine Stunde darüber debattieren, wenn Sie sich darüber enervieren, dann müssen Sie das nicht uns zum Vorwurf machen.

Ich komme zur Doppelmoral. Der Vorwurf der Doppelmoral kam heute in dieser Debatte auf zwei Ebenen, mehr so auf der grundsätzlichen Ebene; hierzu hat aber Markus Schaaf schon viel gesagt. Man muss unterscheiden zwischen Dienstleistungen, die für die breite Bevölkerung sehr wichtig sind, wir sprechen hier vor allem auch vom Service public, ÖV, Gesundheit, Sicherheit und so weiter und so fort. Wir sollten uns in der Politik doch bemühen, Gleiches mit Gleichem und Ungleiches mit Ungleichem zu vergleichen, und dann fällt dieser Vorwurf der Doppelmoral in sich zusammen.

Dann gab es den Vorwurf der Doppelmoral im Kleinen, vor allem von Chantal Galladé. Ich weiss nicht, ob Doppelmoral hier das richtige Wort ist, sondern es ist

viel eher – wie soll ich sagen – eine Inkonsequenz auf persönlicher Ebene, das gehört zum Leben. Nur wer absolut konsequent durchs Leben geht, der werfe den ersten Stein, aber ansonsten sind solche Vorwürfe nicht angebracht.

Dann nochmals zur Kollegin Cristina Cortellini, weil sie es in ihrem zweiten Votum jetzt wieder erwähnt hat, dass der Sonntag der verkaufsstärkste Tag im Onlinehandel sei. Das ist so. Ich muss Ihnen sagen, ich komme aus dem Buchhandel. Ich habe meine Lehre zu einer Zeit absolviert, als das Internet noch nicht am Horizont war. Der Onlinehandel, das Internet, hat den Buchhandel total auf den Kopf gestellt, hier sind Massnahmen und Strategien gefragt. Wenn Sie aber glauben, Sie retten den Buchhandel mit zusätzlichen Sonntagsverkäufen, dann sind Sie so etwas von auf dem Holzweg. Den Stubenhocker, den Sie erwähnt haben, den holen Sie nicht aus seiner Stube heraus, indem sie mehr Sonntagsverkäufe anbieten. Hier ist das Zauberwort «Dienstleistung, Beratungsangebot», und das aber an jedem Tag.

Und dann der letzte Punkt, das, was mich auch teilweise ein wenig ratlos zurücklässt: Es ist tatsächlich so, wenn man am Sonntag im Hauptbahnhof oder im Circle (*Einkaufszentrum am Flughafen*) oder am Tankstellenshop ist, dann hat es dort Leute. Die haben dieses Bedürfnis. Aber es gibt schlussendlich Bedürfnisse in vielen Bereichen und wir lassen trotzdem nicht alles zu, was ein Bedürfnis ist. Welche Bedürfnisse befriedigt werden und welche nicht, das entscheiden wir schlussendlich immer an der Urne. Und an der Urne – ich habe es in meinem Eintretensvotum gesagt –, wenn Sie den Fokus öffnen, dann sehen Sie: Die Bevölkerung in der Breite will das nicht. So wird es auch hier sein: Diese Standesinitiative wird nach Bern gehen. Wenn man schaut, wie das Bundesparlament in letzter Zeit in dieser Sache entschieden hat, wird sie keinen Erfolg haben. Aber wenn sie doch Erfolg haben sollte, dann können Sie ganz sicher sein, dass diese Frage auch an der Urne entschieden wird. Und da bin ich, was den Ausgang anbetrifft, aufgrund der Urnengänge in verschiedenen Kantonen durchaus optimistisch. Ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen. Besten Dank.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Zunächst vielen Dank für diese engagierte Debatte, der ich aufmerksam zugehört habe. Es ist tatsächlich so, dass die Idee aus der Corona-Zeit stammt, auf dem Höhepunkt der Pandemie eingereicht wurde. Damals war der Detailhandel vor allergrössten Herausforderungen, das muss man sagen, es war eine sehr schwierige Zeit, diese Zeit des Lockdowns. Zum Glück ist das vorbei. Zum Glück haben wir die Pandemie gut überstanden, auch – ich sage es deutlich – dank sehr viel Hilfe finanzieller Natur des Staates, des Bundes und der Kantone an die Unternehmen. Aber was schon ist und deshalb kann man nicht einfach sagen «alter Wein in alten Schläuchen» –, das Leben seit Covid hat sich verändert. Nicht nur unsere Arbeitswelten haben sich verändert, auch das Konsumverhalten hat sich massiv verändert. Und wir haben ganz klar einen grossen Trend vom Detailhandel zum Onlinehandel. Und Sie haben es mehrfach gesagt, es ist so, der Sonntag ist der grösste Shoppingtag zwischenzeitlich. Wenn man jetzt einfach sagt «wir nehmen das zur Kenntnis, das ist so, wir haben keinen Handlungsbedarf», dann denke ich: Gouverner c'est prévoir, in die

Zukunft schauen, sonst würden wir unsere Aufgaben nicht machen. Denn es geht schon darum, das Einkaufen generell real in den Geschäften auch wieder attraktiver zu machen. Und da ist die Erhöhung der Sonntagsverkäufe eine Möglichkeit, die wir als sinnvoll erachten. Offene Läden halt auch an einem Sonntag, das belebt die Innenstadt, das belebt die Restaurants, das belebt die Verkaufsgeschäfte, das belebt die Kultur übrigens und es entstehen neue Produkte, neue Dienstleistungen und neue Geschäftsmöglichkeiten auch für sehr viele KMU. Und es trägt zur Wirtschaftsleistung bei und es trägt zum Erhalt der Arbeitsplätze bei. Ich muss Ihnen sagen, die Realität ist, dass sich diese Jobs auch verändern. Die Jobs im Detailhandel von morgen werden nicht mehr die gleichen sein, wie sie heute sind. Ich möchte betonen und das hat Kantonsrat Walder ja gesagt: Es ist eine «Ermöglichung» auf Bundesebene. Selbstverständlich kann der Kanton dann die Rahmenbedingungen setzen, und zuletzt entscheiden es ja dann die Gemeinden oder die Städte. Aber warum hat man so viel Angst vor einer «Ermöglichung», vor einer kantonalen Diskussion und einer Diskussion in den Kantonen? Und selbstverständlich ist es auch jedem Geschäft selber überlassen, es trifft selber einen unternehmerischen Entscheid, ob es offenhalten will. Es geht nicht um eine generelle Liberalisierung, sondern es geht um eine Antwort auf Lebenswirklichkeiten von heute, mit der Absicht, die Innenstädte, die in einer grossen Transformation sind, weiterhin lebhaft und attraktiv zu machen.

Es wurde von Herrn Kantonsrat Feldmann gesagt, das sei komplett am Volk vorbei. Dem widerspreche ich massiv. Gehen Sie doch einmal am Sonntag ins Shopville. Glauben Sie, das seien nur Bürgerliche oder nur Leute von der FDP oder der SVP oder der GLP, die dort sind? Es sind alle, die dort einkaufen, und sie kaufen wahnsinnig ein, ob man das jetzt gut findet oder nicht. Und dann geht man in die Bahnhofstrasse und dann läuft gar nichts mehr. Ich bin nicht sicher, wer hier am Volk vorbeipolitisiert. Und ich denke, die Dienstleistungsbereitschaft ist wichtig und selbstverständlich auch attraktive Rahmenbedingungen für das Detailgewerbe. Aber wenn die Jobs wegfallen – schauen Sie doch mal die Bahnhofstrasse an, die sich verändert, es gibt bald nur noch wenige Einkaufszentren, der Jelmoli schliesst, die Läden verändern sich –, müssen wir von der Politik schon eine Antwort haben und können nicht einfach die Augen verschliessen. In diesem Sinne unterstützt der Zürcher Regierungsrat die Standesinitiative. Ich war übrigens auch zu Poststellen schon in Bern, das haben Sie begrüsst, dass ich gegen Poststellenschliessungen bin. Also ich gehe sehr gerne auch noch einmal zu den Ladenöffnungszeiten nach Bern. Herzlichen Dank.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Stefan Feldmann gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 89 : 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und auf die Vorlage einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.–III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.